

Interpellation Bruss-Diepoldsau (20 Mitunterzeichnende) vom 25. November 2019

Brückenmaut Diepoldsau für den Transitverkehr bis zur Realisierung des Autobahnzusammenschlusses A13 / A14 südlich von Diepoldsau

Schriftliche Antwort der Regierung vom 17. März 2020

Carmen Bruss-Diepoldsau erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 25. November 2020, welche Schritte notwendig sind, um das Projekt einer Diepoldsauer Brückenmaut zu realisieren, und wie die Regierung gedenkt, die Gemeinden Diepoldsau und Hohenems in dieser Sache zu unterstützen.

Die Regierung beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

1. Die Benützung der öffentlichen Strassen ist in der Schweiz grundsätzlich gebührenfrei. Um das Projekt der Diepoldsauer Brückenmaut zu realisieren, bedarf es deshalb einer Ausnahmegewilligung durch die Bundesversammlung (Art. 82 der Bundesverfassung, SR 101). Die Regierung würde es nicht begrüssen und sie erachtet es auch nicht als wahrscheinlich, dass die Bundesversammlung eine solche Ausnahmegewilligung erteilen würde, und zwar allein schon aus folgenden zwei Gründen:
 - Eine auf die Diepoldsauer Brücke beschränkte Maut hätte einen unerwünschten Ausweichverkehr zur Folge. Die benachbarten Grenzübergänge Au und Kriessern sind in Stosszeiten aber heute schon überlastet.
 - Die ausschliesslich für den Transitverkehr geforderte Brückenmaut verletzt den Grundsatz der Gleichbehandlung. Der Bundesrat hat in seinen Stellungnahmen zu politischen Vorstössen bereits mehrfach unterstrichen, dass Strassengebühren einzelne Gruppen keinesfalls diskriminieren dürfen. So lehnte er beispielsweise in seiner Stellungnahme vom 6. November 2019 zur Motion Chiesa (19.3985) eine Tunnelgebühr für Fahrzeuge, die im Ausland immatrikuliert sind, ab.
2. Die Aufhebung der Maut zwischen Hohenems und Hörbranz führte bislang zu keiner deutlich spürbaren Verschlechterung der Verkehrssituation in Diepoldsau. Diesen Sachverhalt unterstreichen die bislang beidseits der Grenze durchgeführten Verkehrserhebungen einvernehmlich:
 - Das umfassende Monitoring des Landes Vorarlberg basiert auf 20 Zählstellen, die grossräumig über einen längeren Zeithorizont ausgewertet werden. Die ersten Resultate des Monitorings für den Zeitraum vom 1. Dezember 2019 bis am 22. Januar 2020 weisen weder auf eine Entlastung der Stadt Bregenz noch auf eine Verkehrsverlagerung auf die Grenzübergänge im mittleren Rheintal hin. Die festgestellten Veränderungen im Verkehrsaufkommen sind auf übergeordnete Schwankungen aufgrund des im gesamten Beobachtungsraum festgestellten erhöhten Verkehrsaufkommens für den Freizeit- und Einkaufsverkehr zurückzuführen. Insgesamt betrachtet stellte das Land Vorarlberg für den untersuchten Zeitraum im ganzen Raum ein erhöhtes Verkehrsaufkommen fest. Es gilt aber zu unterstreichen, dass der Beobachtungszeitraum seit der Aufhebung der Autobahnmaut zwischen Hohenems und Hörbranz noch sehr kurz ist und dass die genannten Resultate dementsprechend lediglich als erste Trendmeldung zu verstehen sind.
 - Gemäss den beiden Verkehrszählstellen des kantonalen Tiefbauamtes betrug der Mehrverkehr im Zeitraum von Dezember 2019 bis Januar 2020 im Vergleich zum Vorjahr am

Zollamt Diepoldsau zwischen 6 und 12 Prozent und auf der Rheinbrücke zwischen 3 und 6 Prozent. Inwieweit die gemessene Verkehrszunahme auf die Mautbefreiung der österreichischen A14 zwischen Hörbranz und Hohenems zurückzuführen ist, lässt sich wie bereits erwähnt aufgrund der kurzen Beobachtungszeit noch nicht verlässlich beurteilen. Das Verkehrsaufkommen ist geprägt durch den Freizeitverkehr an den Wochenenden wie auch an den Feiertagen über Weihnachten und Neujahr. Die Spitzen in den einzelnen Jahren sind abhängig von den Wochentagen, auf welche die Feiertage fallen, sowie vom wetterbedingten Ausmass des Wintertourismus.

Die Regierung beobachtet die zusätzliche Belastung dieser ohnehin durch den Verkehr bereits heute stark belasteten Gemeinde mit grosser Ernsthaftigkeit. Sie sieht zurzeit aber mit Blick auf die genannte Verkehrsentwicklung noch keinen Anlass, die Gemeinden Diepoldsau und die österreichische Nachbargemeinde Hohenems mit besonderen Massnahmen zu unterstützen. Das Monitoring des Landes Vorarlberg wie auch die Verkehrszählungen in Diepoldsau werden aber unverändert weitergeführt. Sollte sich dabei eine anhaltende spürbare Verschlechterung der aktuellen Verkehrssituation in Diepoldsau zeigen, wird die Regierung das Tiefbauamt umgehend beauftragen, zusammen mit dem Land Vorarlberg und den betroffenen Gemeinden geeignete Massnahmen zu prüfen. Im Übrigen wird sich die Regierung auch weiterhin mit Nachdruck für die möglichst rasche Realisierung des Autobahnzusammenschlusses A13 / A14 einsetzen.